



Berlin, 29. Oktober 2007

GdP zu Tempolimit 130 km/h

Forderung nach intelligentem Geschwindigkeitsmanagement

Berlin. Ein starres Tempolimit von 130 km/h, so die Gewerkschaft der Polizei (GdP), könne lediglich eine Übergangslösung hin zu einem bundesweiten intelligenten Geschwindigkeitsmanagement darstellen. Solche Verkehrsbeeinflussungsanlagen erlaubten computerberechnete Fahrgeschwindigkeiten, die sich an der aktuellen Verkehrsdichte orientieren. Ein generelles Tempolimit dagegen presse das Verkehrsgeschehen in ein nicht zeitgemäßes Korsett.

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Intelligentes Geschwindigkeitsmanagement trägt vielen Belangen der Umwelt-, Verkehrssicherheits- und Wirtschaftspolitik Rechnung. Auch dem nachvollziehbaren Wunsch nach einer individuellen Fahrweise würde weitgehend entsprochen, da sich kein Fahrer dauerhaft an eine festgelegte Höchstgeschwindigkeit zu halten habe. Für die Übergangszeit bis zu einem flächendeckenden Einsatz dieser Verkehrsbeeinflussungsanlagen kann aber ein generelles Tempolimit dabei helfen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen.“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Tempo-Diskussion warnte der GdP-Vorsitzende davor, den Personal-Raubbau bei der Polizei fortzusetzen. Das Risiko, bei einem Verkehrsdelikt der Polizei aufzufallen, sei denkbar gering. Es gebe immer weniger Polizisten im Land – seit dem Jahr 2000 seien bei der Polizei rund 10.000 Stellen abgebaut worden.

Freiberg: „Für eine spürbare Verbesserung der Verkehrssicherheit sind weniger neue Regelungen, als eine Verstärkung der Polizei notwendig: Allein die sichtbare Präsenz der Polizei auf den Straßen und verstärkte Kontrollen führen dazu, dass sich jeder plötzlich an seine gute Kinderstube und die Verkehrsregeln erinnert.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190